

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

8. Mai
2015

Sehr geehrte Interessentinnen und Interessenten,
dieser Rundbrief fasst einige Nachrichten der vergangenen zwei Wochen zusammen:

1. Die Lausitz diskutiert: Kühne widerspricht Kelch, Schmiedchen widerspricht Rupieper
2. Schwedens Rechnungshof kritisiert Braunkohle-Verkauf von Vattenfall
3. Vattenfall stimmt deutsche Mitarbeiter auf Kohle-Aus ein
4. Landesminister für den Klimabeitrag
5. Falsche Befürchtungen bei Spremberger Kohle-Demonstration
6. Podiumsrunde am 19. Mai: Berlins Politiker in der Pflicht - Unser Trinkwasser vor Lausitzer Tagebauen zu schützen
7. Vattenfall bestreitet weiter Bergschaden an Strasse zwischen Taubendorf und Kerkwitz
8. Gabriel bleibt trotz Attacken aus der Kohlelobby beliebt
9. Lebenswertes Dorf: In Proschim eröffnet ein neues Gartenrestaurant

1. Die Lausitz diskutiert: Kühne widerspricht Kelch, Schmiedchen widerspricht Rupieper

In der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung am 29. April gab es Widerspruch, als der Oberbürgermeister Kelch den Untergang des Abendlandes durch den geplanten Klimabeitrag beschwören wollte. Der Stadtverordnete Dr. Martin Kühne entgegnete mit einem Redebeitrag, aus dem wir hier gern einen Auszug wiedergeben:

„In diesen Tagen und Wochen stellen wir besonders hier in der Lausitz immer neue Höhepunkte der Schwarzmalerei und eines regelrechten Katastrophismus fest. Mit einer Art „Hau-drauf-Strategie“ kann man zwar hinsichtlich der Stimmungsmache punkten, aber den Wettbewerb sachlicher Argumente wird man damit nicht gewinnen können. Statt vom baldigen Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen, ja vom Sterben einer ganzen Region zu sprechen, sollte es endlich zu einer Versachlichung der Debatte kommen! Ansonsten entsteht der Verdacht, der Gabrielsche Vorschlag zur allmählichen Reduktion der CO₂-Emission der ältesten und klimaschädlichsten deutschen Braunkohle-Kraftwerksblöcke wurde entweder nicht gelesen, nicht verstanden oder in unlauterer Absicht entstellt.“

Die Lausitzer Rundschau vom 5. Mai berichtet zudem, dass auch Unternehmer sich die Nibelungentreue der Lokalpolitik zur Braunkohle nicht mehr länger anhören wollen. Bei einer Veranstaltung des Unternehmerverbandes mit dem Titel „Wie weiter mit der Lausitz?“ habe Pro-Braunkohle-Vorsitzender Rupieper das Mantra seines Vereins "Es gibt keinen Plan B ohne Braunkohle" gebetet. Der Cottbuser Unternehmer Klaus Schmiedchen habe dem widersprochen: „Dass die Braunkohle eines Tages nicht mehr da ist, ist seit Jahren bekannt“.

2. Schwedens Rechnungshof kritisiert Braunkohle-Verkauf von Vattenfall

Swedens Rechnungshof kritisierte vor wenigen Tagen den geplanten Verkauf der deutschen Braunkohlesparte durch Vattenfall mit deutlichen Worten: "Damit trägt man nicht zur Lösung der Klima- und Energieziele der EU bei. Das Problem wird einfach einem anderen EU-Unternehmen

Postanschrift	Internet	Telefon	Spendenkonto
Umweltgruppe Cottbus e.V. Straße der Jugend 94 D-03046 Cottbus	www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	+49 (0151) 14420487	GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00

in die Schuhe geschoben." Damit zeigt der Rechnungshof eine ganzheitliche Sichtweise auf die dem Staatsunternehmen vom Eigentümer vorgegebenen Ziele. Näheres hier:

<http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/18652-revision-liest-vattenfall-die-leviten>

3. Vattenfall stimmt deutsche Mitarbeiter auf Kohle-Aus ein

Der Chef von Vattenfall sieht für die deutsche Kohleenergie keine Zukunft. "Die Arbeitsplätze im Tagebau werden früher oder später verschwinden", sagte Magnus Hall SPIEGEL ONLINE. Das sei "eine schmerzhaftes Erkenntnis", aber man müsse sie akzeptieren. Der Kohletagebau in der Lausitz stehe "vor einem fundamentalen strukturellen Wandel", wird Hall zitiert "Es gibt in der Region auch ein wachsendes Bewusstsein, dass die Arbeitsplätze im deutschen Kohletagebau früher oder später verschwinden werden." Er habe Verständnis, dass die Menschen in der Lausitz für ihre Jobs kämpfen, fuhr Hall fort. Für die Menschen, die lange in der Branche tätig waren, müsse es eine "schmerzhaftes Erkenntnis" sein, dass die Zeit des Kohlebergbaus allmählich zu Ende gehe. "Es dauert sicher eine Weile, bis man das akzeptieren kann."

Ausführlich hier:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/vattenfall-schwoert-deutsche-mitarbeiter-auf-kohle-aus-ein-a-1031703.html>

4. Landesminister für den Klimabeitrag

In einem Brief an Sigmar Gabriel haben die Minister und Senatoren für Klimaschutz, Energie und Umwelt der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen dem geplanten Klimabeitrag für ältere Kohlekraftwerke zugestimmt. „Nach unserer Auffassung geht dieser Vorschlag in die richtige Richtung.“ schreiben die Minister. Sie erwarten aber „zugleich, dass sich die Bundesregierung für eine beschleunigte Umsetzung der Maßnahmen zur Reform des europäischen Emissionshandelssystems einsetzt.“

5. Falsche Befürchtungen bei Spremberger Kohle-Demonstration

Der Umweltverband GRÜNE LIGA ist überzeugt, dass die Demonstration vom 28. April auf dem Spremberger Marktplatz auf falschen Befürchtungen beruhte, wenn sie sich gegen den geplanten Klimabeitrag für ältere Kohlekraftwerke richtete.

Allerdings enthält das gemeinsame Positionspapier der Stadtverordneten auch bemerkenswerte neue Aussagen zum erforderlichen Strukturwandel in der Lausitz. Die Stadt Spremberg fordert in ihrem Positionspapier geschlossen einen Plan B für die Lausitz, was von Landesregierung und Kohlegewerkschaft jahrelang bekämpft wurde. Wir begrüßen, dass die Stadt erstmals einen definierten Zeitraum für den Braunkohleausstieg fordert und in diesem Zusammenhang die Jahreszahl 2030 nennt. Das wird mit dem von der Bundesregierung geplanten Klimabeitrag voraussichtlich gut vereinbar sein. In dem von allen Fraktionen mitgetragenen Positionspapier der Stadt Spremberg heißt es unter anderem: „Erforderlich ist jetzt endlich der sogenannten „Plan B“. Gefordert wird „eine solide Neuausrichtung der Industrie und Wertschöpfung vor Ort“. Die Stadt fordert von der Politik ein „verbindliches Bekenntnis zur Braunkohle für einen definierten Übergangszeitraum“ und will „einen erfolgreichen Strukturwandel bis 2030“ gestalten. Jahrelang haben Landesregierung, IG BCE und Pro Braunkohle-Verein dagegen einhellig darauf bestanden, dass man keinen „Plan B für die Lausitz“ brauche.

Die Beteiligung des brandenburgischen Wirtschaftsministers Gerber an der Demonstration ist deshalb nur schwer nachvollziehbar: „Herr Gerber reist von Demonstration zu Demonstration, statt seine Arbeit zu machen. Weder hat Brandenburg die vom Bundesministerium erbetenen Alternativvorschläge zur Erreichung der Klimaziele vorgelegt, noch die Notwendigkeit eines Plan B für die Lausitz jemals anerkannt.“ kritisierte René Schuster von der GRÜNEN LIGA.

Spremberg liegt benachbart zum Kraftwerk Schwarze Pumpe, ist jedoch – ganz ohne den Klimabeitrag - mit sinkenden Gewerbesteuererträgen aus der Braunkohlewirtschaft

Postanschrift	Internet	Telefon	Spendenkonto
Umweltgruppe Cottbus e.V. Straße der Jugend 94 D-03046 Cottbus	www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	+49 (0151) 14420487	GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00

konfrontiert. Von diesen Problemen soll offenbar abgelenkt und sie dem geplanten Klimabeitrag angelastet werden.

Ein Betrieb des Kraftwerkes Schwarze Pumpe bis 2030 entspricht auch den Vorstellungen der Umweltverbände und den Ausstiegsszenarien des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung. Zur Erfüllung der Klimaschutzziele werden stattdessen vor allem die deutlich älteren Blöcke des Kraftwerkes Jänschwalde sowie zwei der vier Blöcke des Kraftwerkes Boxberg beitragen müssen. Die Behauptung von Vattenfall-Chef Hatakka, dass der Klimabeitrag zur zeitnahen Stilllegung aller Lausitzer Kohlekraftwerke führen würde, hat nur geringe Glaubwürdigkeit, solange Vattenfall ein direktes finanzielle Interessen am Verlauf der politischen Debatte hat. (Pressemitteilung vom 28. April, gekürzt)

6. Podiumsrunde am 19. Mai: Berlins Politiker in der Pflicht - Unser Trinkwasser vor Lausitzer Tagebauen zu schützen

Das Bündnis „Kohleausstieg Berlin“ lädt für Dienstag, den 19. Mai 2015, 18-20 Uhr zu einer weiteren Veranstaltung, in deren Fokus die Trinkwasser-Problematik steht.

Im Gespräch mit den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses

Daniel Buchholz (SPD),

Michael Garmer (CDU),

Pavel Mayer (Piratenpartei),

Michael Schäfer (Bündnis 90/ Die Grünen) und

Harald Wolf (Die Linke)

wird über die Möglichkeiten der Einflussnahme durch das Land Berlin auf die Braunkohleverstromung in der Lausitz gesprochen und wie das Berliner Trinkwasser geschützt werden kann. (Ort: GLS Bank Berlin, Schumannstraße 10, 10117 Berlin)

7. Vattenfall bestreitet weiter Bergschaden an Strasse zwischen Taubendorf und Kerkwitz

Set 2009 ist die als Radweg beliebte Ortsverbindungsstraße zwischen Taubendorf und Kerkwitz von ungleichmäßigen Geländesenkungen und tiefen Rissen betroffen. Der Tagebau Jänschwalde nähert sich von Süden und die Grundwasserabsenkung ist in diesem Bereich wirksam. Dennoch bestreitet Vattenfall bis heute, dass es sich um einen Bergschaden handelt. Einem heutigen Bericht der Lausitzer Rundschau (Lokalseite Guben) zufolge hat die Gemeinde Schenkendöbern vor zwei Wochen auf eigene Kosten die Straße auf 400 Metern Länge abfräsen und grob aufschottern lassen. Die Gemeinde musste ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommen und hatte dadurch Kosten von 4000 Euro. Gelöst ist das Problem dadurch nicht: Der grobe Schotter ist für Fahrräder praktisch unbefahrbar.

8. Gabriel bleibt trotz Attacken aus der Kohlelobby beliebt

Im Deutschlandtrend, der monatlichen Umfrage im Auftrag der ARD hat Bundeswirtschaftsminister Gabriel in der Beliebtheit um 5 Prozentpunkte deutlich zugelegt. Interessant ist das vor dem Hintergrund der massiven Attacken der Kohlelobby in den vergangenen Wochen. Die Angriffe der Gewerkschaft IG BCE, einiger Wirtschaftsvereine und auch der Landesregierungen der Braunkohle-Länder gegen den geplanten Klimabeitrag hatten oft auf Sigmar Gabriel als Person gezielt. Sie sind damit offenbar verpufft und Klimaschutz in Deutschland kein Thema, mit dem ein Politiker sein Ansehen aufs Spiel setzt.

9. Lebenswertes Dorf: In Proschim eröffnet ein neues Gartenrestaurant

Am 15. Mai eröffnet in Proschim ein neues Gartenlokal, das im Sommerhalbjahr insbesondere Flammkuchen aus dem Holzbackofen anbietet. Näheres auf www.schmeckerlein.de

Postanschrift	Internet	Telefon	Spendenkonto
Umweltgruppe Cottbus e.V. Straße der Jugend 94 D-03046 Cottbus	www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	+49 (0151) 14420487	GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00